



THEMA: **DIE BEHAUPTUNG DER KAMPFJETGEGNER WERDEN AUCH BEI STÄNDIGER WIEDERHOLUNG NICHT WAHR**  
**GEORG HÄSLER SANSANO / NEUE ZÜRCHER ZEITUNG: 3.9.2021**

**Die vereinigte Linke will die Beschaffung des F-35 über einen antiamerikanischen Artikel in der Verfassung verhindern. Einmal mehr werden die Volksrechte benutzt, um die eigenen Klientel zu bespassen.**

Die Rhetorik erinnert an die 1990er Jahre. Am Dienstag lancierte ein Komitee unter Federführung der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA) eine Volksinitiative, die den US-Kampfjet F-35 über einen Artikel in der Verfassung verhindern will. Die vereinigte Linke hat dafür die Kampagne gegen den F/A-18 vor bald dreissig Jahren ausgegraben und mobilisiert ihre Klientel jetzt mit dem Slogan «Stop F-35».

Der Hauptzweck der Initiative ist damit schon erfüllt: Die GSoA hat ihr Geschäftsmodell gesichert. Die Profi-Aktivistinnen auf dem Sekretariat der Gruppe behalten ihren Job. Die Spenden fliessen weiter. Der Link für finanzielle Überweisungen an den Verein ist ganz oben auf der Homepage. Weiter unten geht es zum Shop, dem Zeughaus der Armeeabschaffer mit allerlei Protest-Utensilien aus der Vergangenheit.

Das ist das gute Recht der GSoA. Ihr Kampf gegen die Armee geht in die nächste Runde, ungeachtet der Tatsache, dass sich die sicherheitspolitische Lage seit dem Ende des Kalten Kriegs dramatisch verschlechtert hat.

### **Mitverantwortung der SP für die Sicherheit der Schweiz**

Befremdlich wirkt dagegen die Unterstützung der Initiative durch die Bundesratspartei SP, die behauptet, nicht die Beschaffung eines Kampfflugzeugs verhindern zu wollen, sondern einfach den Typen. Natürlich stellen die sozialdemokratischen Sicherheitspolitiker auch berechnete Fragen, werfen aber vor allem mit Behauptungen um sich. Mit der Unterstützung der Initiative gegen den F-35 gibt die SP all denen recht, die auch die Sozialdemokraten in einen Topf mit der GSoA werfen. Im Parteiprogramm ist die Abschaffung der Armee nach wie vor verankert. Diese sei durch ein Schutzsystem der Völkergemeinschaft zu ersetzen. Die SP weiss aber, dass sie sich nicht aus ihrer politischen Mitverantwortung für die Sicherheit der Schweiz stehlen kann.

Die sozialdemokratischen Sicherheitspolitikerinnen und -politiker werden deshalb nicht müde, ein europäisches Kampfflugzeug zu propagieren. Fast machte es den Eindruck, als hiesse es im Untertitel zu «Stop-35» auch noch «Go Rafale». Die französische Rüstungsindustrie wird

sich über den Sukkors der Schweizer Linken freuen, auch wenn die realpolitische Fraktion der Initianten nicht genau sagen kann, wie ein Umschwenken rechtlich und politisch zu bewerkstelligen wäre.

Es bleibt bei einem Alles-oder-nichts. Ein Erfolg der Initiative bedeutete das Ende der Schweizer Luftwaffe. Das wäre nicht zu verantworten. Auch wenn Konflikte heute zuerst virtuell im Cyberraum oder mit Worten geführt werden, bleibt die Bedrohung aus der Luft real. Das Verteidigungsdepartement (VBS) und seine Chefin, Bundesrätin Viola Amherd, haben es aber bisher verpasst, politische Argumente für den US-Jet der neuesten Generation zu bringen.

### **Initiative behindert kritische Begleitung der Beschaffung**

Mit der reinen Lehre des Beschaffungsrechts und dem besten Kosten- Nutzen-Verhältnis wird es schwer, gegen die gut geölte Kampagnenmaschine von GSoA und Co. zu bestehen. Anders als bei der ersten Abstimmung über den Rahmenkredit sollte das VBS das Stimmvolk diesmal echt überzeugen. Nur so wird die «Durchsetzungsinitiative der Linken», wie Gerhard Pfister das Volksbegehren zu Recht bezeichnete, an der Urne mit der gebührenden Mehrheit versenkt.

Die Argumente – oder besser: antiamerikanischen Schlagworte gegen den F-35 wären eigentlich leicht zu entkräften. Falschaussagen wie etwa jene, die CIA sitze im Cockpit des US-Jets oder die Berechnung der Betriebskosten sei manipuliert, werden auch bei ständiger Wiederholung nicht wahr. Aber sie bleiben hängen und bestärken die Gleichgesinnten in ihrer Haltung.

Die Zuspitzung bis in den Graubereich der Unwahrheit ist unterdessen ein verbreitetes Phänomen in der Schweizer Politik, ebenso der Einsatz der Volksrechte zur Bespassung der eigenen Klientel. Ähnlich wie die SP den F-35 bekämpft, empfiehlt die SVP die Ablehnung des Covid-19-Gesetzes. Dies lähmt den Politbetrieb und verhindert den echten Wettbewerb der Ideen.

Der erneute Abstimmungskampf zur Beschaffung neuer Kampfflugzeuge erschwert es den konstruktiven Kräften letztlich, das Geschäft kritisch zu begleiten. Natürlich ist es die Aufgabe von Parlament, Verbänden und Medien, genau hinzuschauen. Blindes Vertrauen in den Hersteller oder das VBS wären falsch. Wieder werden sich aber die Reihen schliessen müssen, noch mehr als früher, damit die Kampfjetgegner mit ihren Behauptungen nicht durchkommen.